

Alle Kinder bekommen einen Platz

Betreuung Der Wolpertshausener Gemeinderat stimmt der Kita-Bedarfsplanung bis 2025 zu.

Wolpertshausen. Hauptamtsleiterin Judith Färber stellte bei der jüngsten Gemeinderatssitzung die Kindergarten-Bedarfsplanung für 2023/2024 und 2024/2025 vor. Die gute Nachricht: Wolpertshausen kann den Rechtsanspruch für alle Unter- und Über-Dreijährigen auf einen Kindergartenplatz erfüllen. Der Bedarf kann also vor Ort abgedeckt werden. Sogar die Aufnahme auswärtiger Kinder dürfte weiter möglich sein. Voraussetzung hierfür ist allerdings die örtliche Gebundenheit der Eltern oder Erziehungsberechtigten aufgrund der Arbeitsstelle oder zukünftiger Wohnung beziehungsweise Hausbau.

Die Kinder werden in den beiden Einrichtungen Wolpiwichtel (vier Ü3-Gruppen) und Wichtelnest (Drei Ü3-Gruppen und eine altersgemischte Gruppe) betreut. Bei den Wolpiwichteln finden maximal 100 Kinder Platz, im Wichtelnest höchstens 30 Kinder. Die Auslastungsquote bei den Über-Dreijährigen beträgt derzeit lediglich 65 Prozent, bei den Unter-Dreijährigen immerhin 90,9 Prozent. Bis zum 31. August 2025 rechnet die Gemeindeverwaltung aber auch für die älteren Kinder wieder mit höherer Auslastung.

Zuletzt weniger Geburten

Die Rathaus-Statistik zeigt, dass gerade bei den Unter-Dreijährigen nur eine Minderheit der Eltern ihre Sprösslinge in den Kindergärten schickt. 102 Kinder unter drei Jahren sind derzeit in Wolpertshausen gemeldet. Hinzu kommen 117 Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Die Zahl der Geburten ist dieses Jahr voraussichtlich niedriger als in den Jahren davor. Lediglich 20 im Jahr 2024 geborene neue Erdenbürger sind in Wolpertshausen wohnhaft. Zum Vergleich: 2016 gab es 36 Neugeborene, 2019 waren es 38 und 2022 immerhin 30.

Die Gemeindeverwaltung zieht aus den Zahlen folgende Schlüsse: „Da davon ausgegangen wird, dass die Geburtenrate in Wolpertshausen auch in Zukunft konstant bleibt, ist davon auszugehen, dass auch im Jahr 2025 wieder circa 25 Kinder in der Gemeinde Wolpertshausen geboren werden. Voraussetzung ist eine weitere Bereitstellung von ausreichender Wohnfläche oder Wohngebäuden. Durch eine weitere Baugebieterschließung und Zuweisungen von Flüchtlingsfamilien mit Kindern im Kindergartenalter wird davon ausgegangen, dass diese Kinderanzahl weiter ansteigen wird. Deshalb muss diese Entwicklung weiterhin beobachtet und analysiert werden.“

Zu beobachten sei, dass die Zahlen der Anmeldungen an Kindern im U3-Bereich weiter gering und die Gruppen nicht immer vollständig ausgelastet sind. Allerdings steige die Nachfrage nach verlängerten Öffnungszeiten-Plätzen. *Gottfried Mahling*

Solarstrom für Halle und Kläranlage

Energie Auf der Schubarthalle wird eine PV-Anlage installiert. Eine Bürgerbeteiligung an der Investition der BürgerEnergie Vellberg-Bühlertal eG (BEVB) ist möglich. *Von Sigrid Bauer*

In der jüngsten Gemeinderatssitzung stellte Dr. Gerhard Röhrlein, Vorstandsvorsitzender der BürgerEnergie Vellberg-Bühlertal eG (BEVB), dem Gremium ein Angebot für eine PV-Anlage auf dem Hauptdach der Schubarthalle vor. Sie soll eine Höchstleistung von 170 Kilowatt Peak erreichen. Damit könnten, so Röhrlein, zusammen mit dem bestehenden Blockheizkraftwerk in der Schubarthalle etwa 47 Prozent des Strombedarfs der Schubarthalle und der jetzigen Kläranlage gedeckt werden.

Die Investition der PV-Anlage in Höhe von rund 73.000 Euro trägt die BEVB, die das Hallendach für zwei Euro pro Kilowatt Peak und Jahr pachtet. Obersontheimer Bürger können Mitglied der Genossenschaft werden und sich an der Finanzierung beteiligen. „Damit profitieren sie von den Dividenden aller BEVB-Anlagen“, betonte der Energieexperte. Das sind bisher fünf PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden in Vellberg sowie eine Freiflächen-PV-Anlage bei Lorenzenzimmern.

Günstiger Strom

Während Obersontheim für Strom von der Netze BW ab 2025 brutto 28 Cent pro Kilowattstunde zahlt, bietet die BEVB den Solarstrom für 17 Cent an, das ist fast 40 Prozent günstiger. „Ziel ist, diesen Preis über die 20 Jahre Laufzeit zu halten. Formal kann es nur auf drei Jahre garantiert werden“, wie Röhrlein auf Nachfrage aus dem Gremium feststellt. Überschüssigen Strom aus der PV-Anlage kann die Gemeinde an die Netze BW verkaufen. „Sie sind dazu verpflichtet, den Strom zum mittleren Börsenpreis abzunehmen“, so Röhrlein.

Kämmerer Sven Maier zeigte einen Kostenvergleich der drei Alternativen: Angebot der BEVB, gemeindeeigene PV-Anlage und Verzicht auf eine Anlage. Die Investitionskosten der Gemeinde liegen im ersten Fall bei 78.000 Euro. Das sind die geschätzten



Auf dem Dach der Obersontheimer Schubarthalle soll eine 170-Kilowatt-Peak-PV-Anlage installiert werden. An dieser sollen sich Bürger beteiligen können. *Foto: Sigrid Bauer*

Kosten für die Verlegung eines Stromkabels von der Schubarthalle zur Kläranlage, wo es an einen vorhandenen Netzverknüpfungspunkt angeschlossen würde. Bisher wird der vom BHKW erzeugte Strom über einen nur geduldeten Stromanschluss bei der Halle zur Kläranlage geführt. „Diese Lösung ist nicht genehmigungsfähig“, betonte Röhrlein. Dagegen hat die Netze BW dem geplanten Konzept der BEVB bereits zugestimmt, doch muss sich die Gemeinde bis zum 23.2.2025 entscheiden.

Strom aus dem Netz teurer

Zurück zum Kostenvergleich: Für eine eigene PV-Anlage müsste die Gemeinde deutlich mehr investieren, rund 236.000 Euro. Bei den jährlichen Betriebskosten erscheint eine eigene Anlage

scheinbar günstiger, jedoch kommen Personalkosten und Fremdkapitalzinsen dazu, die beim BEVB-Modell entfallen. Die Variante drei (keine PV-Anlage) schneidet wegen der Kosten des komplett aus dem Netz bezogenen Stroms am schlechtesten ab.

„Unsere bisherigen PV-Anlagen werden von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft betrieben.“

Stephan Türke
Bürgermeister

Gemeinderat Gerald Gareiß regte an, die 73.000 Euro für den Leitungsbau von der Halle zur Kläranlage auf den Abwasser-

zweckverband umzulegen, da nicht nur Obersontheim davon profitiere. Kämmerer Sven Maier sagte zu, das beizeiten zu bedenken. Gareiß bat außerdem um einen Kostenvergleich über die gesamte Laufzeit von 20 Jahren. Sie kann, da PV-Anlagen meist länger genug Strom erzeugen, um neun Jahre verlängert werden.

Samuel Schneider befürwortete eine kommunale PV-Anlage. Er ging davon aus, dass die bestehenden Anlagen der Gemeinde gehören. „Unsere bisherigen PV-Anlagen werden von der WFG (Wirtschaftsförderungsgesellschaft) betrieben“, stellte Bürgermeister Stephan Türke fest. Wie Röhrlein ausführte, schließen sich die BEVB und die Bürgerenergie Hohenlohe eG (Kirchberg) zum 1.1.2025 zur BürgerEnergie Kocher-Jagst eG zusam-

men. Das Angebot bleibt davon unberührt.

Fehlende Statik

Weitere kommunale Gebäude sind, so Röhrlein, wegen der Statik oder wegen zu geringem Stromverbrauch für PV-Anlagen ungeeignet. Untersucht wurden die Halle in Oberfischach und die Kläranlage Unterfischach, die zu einer Pumpstation umgebaut wird, die Kita Mittelfischach und die Kita Untersontheim, auf deren Dach bereits zwei Anlagen laufen. Auch auf der Weinberghalle und der Schule sind PV-Anlagen in Betrieb.

Bürgerinfo geplant

Bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung stimmte die Mehrheit für die BEVB-Anlage. Eine Bürgerinfoveranstaltung ist geplant.

Dem Feilschen folgt ein einstimmiges „Ja“

Gemeinderat Im Stadtrat Ilshofen schachern die Räte mit dem Kämmerer Martin Ott wie auf einem Basar.

Ilshofen. Bei der neuen Grundsteuer werde es Gewinner und Verlierer geben, meinte Stadtkämmerer Martin Ott in der jüngsten Sitzung des Ilshofener Gemeinderats. Dies liege aber am Gesetzgeber. „Wir können nur die Hebesätze beeinflussen, nicht die Verteilung.“

Dennoch: „Die Grundsteuer ist wirklich wichtig. Sie ist der Sockel des Haushalts“, so Ott. Während die Höhe vieler Einnahmen – etwa Gewerbesteuer – unsicher seien, sei die Grundsteuer „solider Sockel der kommunalen Finanzierung“. Weil aber die Ausgaben stetig stiegen, „müssten wir



Stets ein schöner Blickfang: der Torturm. *Foto: Ute Bartels*

eigentlich die Hebesätze der Grundsteuern erhöhen“. Die Grundsteuer B spült jährlich knapp eine Million Euro konjunktur-unabhängig in die Kasse. Ott: „Unser Vorschlag ist, die Grundsteuern vom Aufkommen her neutral zu gestalten – das will auch der Gesetzgeber so.“ Doch damit die Stadt hinterher sicher so viel Geld hat wie zuvor – und zwar wirklich sicher, schlug der Kämmerer neue Hebesätze vor: Grundsteuer B (immer jeweils von Hundert) 460. Grundsteuer A: 620. Freilich war Ott klar, dass diese Sätze recht hoch angesetzt waren, „aber es gibt eben auch

viele Unwägbarkeiten. Es sind ja noch nicht einmal alle Zahlen da.“

Doch es zeigte sich schnell, dass der Gemeinderat nicht gewillt war, mitzugehen. Aus den Fraktionen gab es zwei Anträge, gestellt von Peter Maas (Die neue Liste) und Marc Jourdan (Freie Wählerschaft/Unabhängige Bürgerliste). Sie beantragten jeweils, die Grundsteuer B auf 430 und die Grundsteuer A auf 450 zu setzen – wissend, dass dem Haushalt dadurch weniger Einnahmen beschieden sind: „Wir glauben aber, dass es sinnvoll ist, die Zahlen in zwei bis drei Jahren nochmal anzuschauen – gerade mit Blick auf

die Unwägbarkeiten.“ Darauf folgte Martin Otts Gegenvorschlag: „Bei der Grundsteuer A kann ich mitgehen. Aber bei B wäre mir eine kleine Anhebung wichtig. Damit ich ruhig schlafen kann.“ Er schlug vor, die Grundsteuer B „mit Angstzuschlag des Kämmerers“ auf 445 zu setzen und die Grundsteuer A auf 450. „Dann haben Sie Ihre Ruhe und ich meine.“ Die Fraktionen zogen sich zur Beratung zurück, revidierten ihre Anträge und genehmigten die Kompromiss-Sätze einstimmig. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde auf 350 belassen. *Ute Bartels*



Räte beeindruckt von Firma Pflüger

Der Gemeinderat der Stadt Ilshofen besuchte kürzlich im Rahmen des 75-jährigen Jubiläums der Firma Pflüger deren Produktionswerk in Obersteinach. Während eines beeindruckenden Rundgangs erhielten die Teilnehmer Einblicke in die vielseitigen Produkte der Firma, insbesondere in den Bereich des effizienten und wärmeisolierten Einbaus von Fenstersystemen. *Foto: privat*

Rund zwei Prozent der Bürger spenden Blut

Ilshofen. Bei den Bürgerversammlungen in Ilshofen und Oberaspach ehrten Bürgermeister Martin Blessing und Sally Seybold Blutspender. Seybold, stellvertretende Bereitschaftsleiterin Bühlertal, bedauerte, dass nur zwei Prozent der Bevölkerung überhaupt spendeten. Die Geehrten: Annerose Bräuner (25), Michael Drescher (10), Annegret Kranz (25), Kim Meissner (10), Jeanette Prosi (10), Bettina Rothenberger (10), Olaf Rothenberger (10), Waltraud Schaille (25), Uwe Schickner (50), Cornelia Stepper (25), Richard Weber (25) und Tanja Weidner-Dietrich (10).



Bürgermeister Martin Blessing (rechts) und Sally Seybold (links) vom Deutschen Roten Kreuz ehrten in Ilshofen Blutspender. Der Musikzug der Ilshofener Feuerwehr begleitete die Ehrung. *Foto: Ute Bartels*

Naturparkführer Einstimmung auf die stille Zeit

Waldenburg. Christina Hansel lädt zu einem ruhigen und besinnlichen Spaziergang mit Erzählungen übers Brauchtum, Punsch und Gebäck ein. Die Tour startet am Samstag, 30. November, 14 Uhr, am Parkplatz Neumühlsee. Anmeldeschluss ist am 29. November per Mail an christina.hansel@nlfh.de. Der Schwierigkeitsgrad ist leicht. Jeder soll eine Tasse mitbringen. Erwachsene zahlen acht Euro, Kinder sechs Euro (Kinder nur in Begleitung eines Erwachsenen). *Ute Bartels*